



Foto: Photosmith2011/Flickr.com

Rohstoffe für Handys und Co.: Kupferabbau in Sambia

Als besonders guter Stromleiter ist Kupfer aus der Elektrotechnik nicht wegzudenken. In Sambias Kupfergürtel führten die Umweltfolgen des gestiegenen Abbaus jedoch zu zahlreichen Erkrankungen der vor Ort lebenden Bevölkerung. Die Gewinne des Kupferbooms blieben durch niedrige Abgaben und eine Praxis der Steuervermeidung aber vor allem bei den internationalen Unternehmen.

Die Bedeutung von Kupfer für das Handy

Kupfer leitet hervorragend Strom, ist gut formbar und beständig. 6,61 g Kupfer befindet sich nach neuen Erhebungen in einem Smartphone. Verbaut ist das Metall in den Leiterbahnen und auf der Leiterplatte.

Der Rohstoff Kupfer

Kupfer kommt auf allen Kontinenten vor. In Chile befinden sich die größten Kupfervorkommen. Aber auch in den USA, Russland, China, der Demokratischen Republik Kongo oder in Sambia liegen wichtige Fördergebiete. Kupfer wird im Tagebau oder unter Tage abgebaut. Das geförderte Erz wird durch Trennverfahren zu Kupferkonzentrat aufbereitet, welches anschließend verhüttet und von den Verunreinigungen befreit wird. In einem anderen Verfahren wird das Kupfer an einer Lagerstätte direkt mittels schwefelsaurer Lösung ausgelaugt. Die mit Kupfer angereicherte Lösung wird an die Oberfläche gepumpt und das Kupfer dann durch Elektrolyse gewonnen.

Die Nachfrage nach Kupfer steigt, denn kaum eine Industrie oder Technologie kann auf Kupfer verzichten.

Kupferproduktion und -reserven weltweit (in Tausend Tonnen)

	Fördermengen 2018	Geschätzte Fördermengen 2019	Reserven
Chile	5830	5600	200000
Peru	2440	2400	87000
China	1590	1600	26000
DR Kongo	1230	1300	19000
USA	1220	1300	51000
Australien	920	960	87000
Sambia	854	790	19000
Mexiko	751	770	53000
Russland	751	750	61000
Indonesien	651	340	28000
Kasachstan	603	700	20000
Andere	3540	3800	220000
Weltweit	20400	2000	870000

Kupferabbau in Sambia

Der Kupfergürtel, eine Industrieregion in Sambia und der Demokratischen Republik Kongo, ist das bedeutendste Kupferabbaugebiet Afrikas. Die Gewinnung von Kupfer war und ist eng mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Sambias verbunden:

Nachdem Sambia im Jahr 1964 seine Unabhängigkeit erlangte, verstaatlichte das Land seine Minen und er-

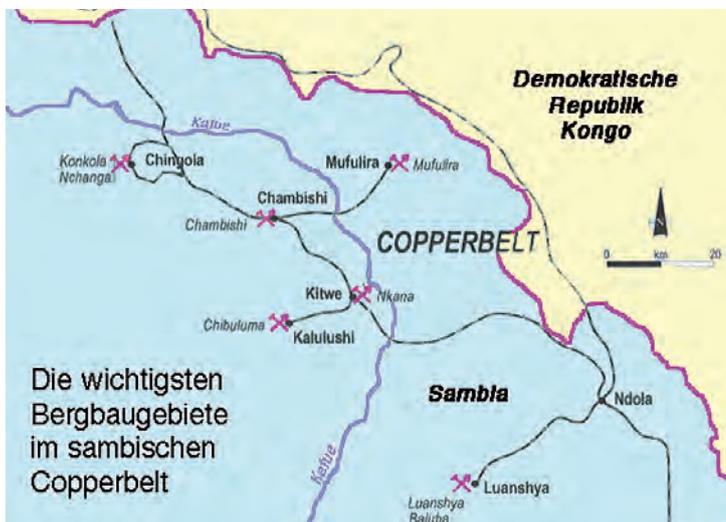
wirtschaftete hohe Gewinne, die für den Ausbau der Infrastruktur und des Gesundheits- und Bildungswesens genutzt wurden. Auch die staatlichen Bergbauunternehmen investierten in die Ausbildung der Bergarbeiterfamilien und stellten ihnen umfangreiche soziale Leistungen bereit. Der Kupfergürtel Sambias wurde zu einer dynamischen Industrieregion. Als aber Ende der 1970er Jahre infolge der Erdölkrise die Rohstoffpreise fielen, sanken die Einnahmen aus dem Kupferexport drastisch und führten die Wirtschaft des Landes und die Bergbauregionen in eine Krise. Auf Anraten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank nahm Sambia Kredite für den Erhalt der Bergbauunternehmen und Infrastruktur auf. Nachdem das Land zunehmend unter Reformdruck geriet, versprach die Regierung die Reprivatisierung des Bergbausektors. Dieser Privatisierungsprozess begann im Jahr 1996; im Jahr 2000 waren alle Bergbauanlagen Sambias in der Hand großer internationaler Unternehmen. Aufgrund investorenfreundlicher Bedingungen und eines stark gestiegenen Kupferpreises konnten die Bergbauunternehmen seit 2004 hohe Gewinne erzielen. Sie tätigten umfangreiche Investitionen und erhöhten die Kupferproduktion. Wenngleich der Privatisierung des Sektors ein wirtschaftlicher Aufschwung folgte, profitierte der Staat durch niedrige Steuern und Abgaben sowie Steuerflucht nur wenig vom Kupferboom. Gleichzeitig ging die Produktionssteigerung mit gravierenden negativen Folgen für Umwelt und Gesundheit in den Bergbauregionen einher.



Schwefeldioxid-Emissionen

Für mediale Aufmerksamkeit sorgten vor allem die enormen Schwefeldioxid-Emissionen des Mopani-Verhüttungswerks in Mufulira, die über Jahre hinweg zum erhöhten Auftreten von Asthma-Anfällen, Atemwegsbeschwerden oder chronischen Atemwegserkrankungen in Mufulira führten und sauren Regen verursachten. Der Umweltbehörde zufolge stieg die Schwefeldioxidkonzentration in den Wohnquartieren neben dem Kupferwerk zeitweise bis zu einem Spitzenwert von 5640 Mikrogramm pro Kubikmeter. Der Richtwert der Weltgesundheitsorganisation liegt bei 20 Mikrogramm pro Kubikmeter. Erst im Jahr 2014 ließ Glencore eine neue Filteranlage in Betrieb nehmen, um die Abgasmengen deutlich zu reduzieren. Im Sommer 2019 durch die Schweizer „Rundschau“ erhobene Stichproben zur Schadstoffbelastung ergaben jedoch immer noch überhöhte Schwefeldioxid-Werte von bis zu 1551 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft im Tagesmittel.

Die giftigen Gase der Kupferfabrik waren auch Ursache des frühen Todes der sambischen Politikerin Beatrice Mithi. Sie starb im Dezember 2013 an akutem Atemversagen infolge des Einatmens giftiger Dämpfe. Nach einem langen Prozess entschied der Oberste Gerichtshof in Sambia im August 2020, dass der Rohstoffkonzern Glencore der Familie des Abgasopfers eine Entschädigung von einer Million sambischer Kwacha (etwa 46.420 €) zahlen muss. Grund seien überwältigende Beweise dafür, dass die Mopani-Mine „über Jahre die Schwefeldioxid-Grenzwerte der Behörden missachtet und damit das Recht auf Leben einer ganzen Gemeinschaft gefährdet hat“. Das rechtskräftige Urteil ebnet nun den Weg für weitere zivilrechtliche Klagen von Familien in Mufulira, die schwere Erkrankungen oder den Tod von Angehörigen in Verbindung mit den Emissionen bringen. Glencore äußert sich in einer öffentlichen Stellungnahme „enttäuscht“ gegenüber dem Urteil des Obersten Gerichtshofes. Gegenüber der Presse verweist das Unternehmen zudem auf geplante weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität, die durch Sanierung einer hierfür seit September 2020 geschlossenen Schmelzhütte erreicht werden soll.



Karte: Dr. Ferdinand Groeger/Wikimedia Commons

Die wichtigsten Bergbaugelände im sambischen Copperbelt

Das Beispiel Mopani Copper Mines

Die mangelnde Sorgfalt internationaler Bergbauunternehmen zeigt sich am Beispiel des größten Kupferproduzenten Sambias, Mopani Copper Mines. Die zum größten Anteil dem Schweizer Rohstoffgiganten Glencore gehörende Aktiengesellschaft betreibt an den Standorten Nkana und Mufulira Minen, Aufbereitungs-, Schmelz- und Raffinationsanlagen. Der gewinnträchtigste Betrieb der Region wird für schwere Umweltschäden verantwortlich gemacht.



Foto: Photosmith2011/Flickr.com

Konflikte zwischen Glencore und Sambia in Zeiten der Corona-Pandemie

Ein niedrigerer Kupferpreis, Reiseeinschränkungen und Umbrüche in den internationalen Logistikketten veranlassten Glencore zu Beginn der Corona-Pandemie dazu, die Förderung von Kupfer in Sambia einzustellen. Die sambische Regierung, die in hohem Maß von den Einnahmen aus dem Bergbau abhängig ist, lenkte ein und drohte mit dem Entzug der Bergbaulizenzen. Nach Verhandlungen mit der Regierung wurde der kurzfristige Produktionsstopp im Mai 2020 wieder zurückgenommen.

Aus den Streitigkeiten zwischen der sambischen Regierung und Glencore ergaben sich Pläne eines Verkaufs der Unternehmensanteile von Glencore an den sambischen Staat. Aktuell hält Glencore eine Beteiligung von 73,1 % an Mopani Copper Mines, während der Bergbau-Investitionsarm der sambischen Regierung, ZCCM-IH, 10% hält. Die übrigen 16,9 % liegen bei First Quantum Minerals. Medienberichten zufolge sei Glencore bereit, seine gesamte Unternehmensbeteiligung an ZCCM-IH zu verkaufen, so dass der sambische Staat zum Hauptbetreiber der Mine würde. Bergbaugewerkschaften unterstützen die Pläne einer größeren finanziellen Beteiligung des Staates am Bergbau. Es werden jedoch auch Zweifel geäußert, ob Sambia die Mittel für den Kauf der Beteiligung und die laufenden Kosten der Mine aufbringen kann. Denn die Corona-Pandemie verschärfte die Schuldenkrise des Landes deutlich.

Wasserkontamination durch Laugung

Zu gravierenden Umweltbeeinträchtigungen kam es auch durch die Laugung mittels schwefelsaurer Lösung. Täglich werden hierfür Hunderte Liter Schwefelsäure in den Untergrund eingebracht. Gleich unterhalb der Lagerstätte liegt das Trinkwasserreservoir des kommunalen Wasserunternehmens. Ein Pumpensystem sollte eigentlich verhindern, dass Säure in dieses eindringt. Als zum Jahreswechsel 2007/2008 die Pumpen ausfielen, drang die Säure in das Grundwasser ein. Etwa 800 Menschen mussten mit Vergiftungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Umweltauflagen durch die sambische Regierung

Die Regulierung und Kontrolle des Bergbaus liegt in Sambia in der Verantwortung des Bergbauministeriums sowie der staatlichen Umweltbehörde. Grundlegende Umweltstandards im Bergbaubereich wurden 2011 im Environmental Management Act Nr. 12 festgeschrieben. Doch an der Durchsetzung des Rechts mangelte es in der Vergangenheit vielfach - laut Regierungsangaben vor allem aufgrund unzureichender personeller und finanzieller Ausstattung der Umweltbehörde.

Praktiken der Steuervermeidung

Die Aushandlung von Steuervergünstigungen und Praktiken der Steuervermeidung führen dazu, dass der sambische Staat vergleichsweise wenig vom Bergbau profitieren konnte. So beklagte das Bergbauministerium 2018, dass mit Kupfer aus Sambia zwar 6 bis 8 Milliarden US-Dollar jährlich verdient werde, davon dem sambischen Staat jedoch nur 300 bis 600 Millionen blieben. Die Steuervermeidungstaktiken von Glencore wurden vielfach kritisiert: Mopani Copper Mines verkaufte Kupfer virtuell unter Marktpreisen an Glencore in der Schweiz, was dann zu niedrigeren Steuersätzen durch Glencore weiterverkauft werden konnte. Im Mai 2020 entschied der Oberste Gerichtshof in Sambia gegen diese missbräuchlichen Steuerpraktiken und verurteilte Glencore zu Nachzahlungen.



Foto: Jan Zuppinger/Flickr.com

Menschenrechtliche Sorgfalt als Pflichtprogramm

Den 2011 vom UN-Menschenrechtsrat verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte zufolge sind nicht nur Staaten in der Pflicht, die Menschenrechte zu schützen und Betroffenen Rechtsschutz zu bieten, sondern auch Unternehmen stehen in der Verantwortung, die Menschenrechte zu achten. Um ihrer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht nachzukommen, müssen Unternehmen – für ihre gesamten Lieferketten und Auslandsgeschäfte – Risiken für Menschenrechtsverletzungen ermitteln, effektive Gegenmaßnahmen zur Vermeidung menschenrechtlicher Schäden ergrei-

fen, hierüber transparent berichten und Beschwerde-mechanismen einrichten, die für potentiell Betroffene zugänglich sind. Auf diese Weise soll der Schutz der Menschenrechte auch dort gewährleistet werden, wo Wirtschaftsaktivitäten (wie etwa der Rohstoffabbau) in Regionen stattfinden, in denen nationale Gesetze schwach sind oder unzureichend umgesetzt werden.

Wäre Glencore bereits bei Übernahme des Unternehmens seiner Sorgfaltspflicht nachgekommen und hätte eine umfassende Analyse zu menschenrechtlichen Risiken und damit auch den Gesundheitsgefahren durchgeführt, wären die gefährlichen Schwefeldioxid-Emissionen sofort identifiziert worden. Glencore hätte handeln und frühzeitig Filteranlagen installieren müssen. Für den Fall, dass doch Gesundheitsprobleme auftreten, hätte Glencore wirksame Mechanismen der Beschwerde, der zügigen Abhilfe und der Entschädigung für Mitarbeitende und die Bevölkerung vor Ort einrichten müssen.

Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen wie SÜDWIND fordern daher, dass Unternehmen in ihren Heimatländern gesetzlich zum Schutz der Menschenrechte in ihren Auslandsgeschäften verpflichtet werden.

Speziell für die Schweiz als Sitz von Glencore fordert eine Konzernverantwortungsinitiative eine solche gesetzliche Verankerung menschenrechtlicher Sorgfalt. Am 29. November 2020 soll per Volksabstimmung über die Gesetzesinitiative abgestimmt werden.

Zur Achtung der Menschenrechte durch Unternehmen gehört auch ein verantwortlicher Umgang mit der eigenen Steuerpflicht. Denn Unternehmen, die die Zahlung angemessener Steuern und Abgaben umgehen, brin-

gen Regierungen um Einnahmen, die benötigt werden, um Menschenrechte wie jene auf Gesundheit, Bildung, Wohnraum oder Wasserzugang zu gewährleisten. Verschärfte Offenlegungspflichten, nach denen Unternehmen ihre wichtigsten Kennzahlen nach Ländern aufgeschlüsselt vorlegen müssten, könnten Steuervermeidungstaktiken erschweren.

Handyaktionen – Fragen, Durchblicken, Handeln



Mobiltelefone enthalten wertvolle Rohstoffe, deren Abbau oft mit Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung verbunden ist. Umso wichtiger ist das fachgerechte Recycling ausgedienter Handys. So können Rohstoffe zurückgewonnen und illegaler Export von Elektroschrott vermieden werden. In vielen Regionen Deutschlands rufen daher Handyaktionen zum Sammeln gebrauchter Mobiltelefone auf und unterstützen Sie, diese mit Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt und Menschenrechten zu verbinden.

Initiativen finden Sie in...

- Baden-Württemberg: www.handy-aktion.de
- Bayern: www.handyaktion-bayern.de
- Niedersachsen: www.handyaktion-nds.de
- NRW: www.handyaktion-nrw.de
- Saarland: www.handy.saarland.de

SÜDWIND

Seit 1991 engagiert sich SÜDWIND e.V. für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Das Institut deckt ungerechte Strukturen auf, macht sie öffentlich und bietet Handlungsmöglichkeiten durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen, Engagement in Kampagnen und Netzwerken oder Beraten und Begleiten von Aktionen für VerbraucherInnen.



Impressum

Bonn, November 2020,
aktualisierte Fassung

Herausgeber

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

Autor*innen:

Eva-Maria Reinwald
Ruben Domke

Redaktion und Korrektur:

Nathalie Grychtol

V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

Gestaltung: www.pinger-eden.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Initiative Lieferkettengesetz

In der Initiative Lieferkettengesetz tritt ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Ein Lieferkettengesetz soll Unternehmen verbindlich zu verantwortlichem Handeln verpflichten. Wenn sie mit ihrer Geschäftstätigkeit Schäden für Mensch und Umwelt verursachen, sollen sie haften. Nähere Informationen: lieferkettengesetz.de



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.